scheidend sein kann, für jedes Eigenblutprodukt detailliert angeben zu können, mit wieviel Millilitern Kochsalzlösung und/oder Nosoden 1 ml Blut jeweils vermischt worden ist. Die Frage nach dem Zweck der Eigenblutspende und der erwähnte erst-recht-Schluss stellen darauf ab, dass das verwendete Blut eigenes bleibt und allerhöchstens verdünnt wird. Ein Gefährdungspotential, das gerade mit dem Arztvorbehalt abgesichert werden müsste, verneinen diese Ansichten. Genau dieser Argumentation war der Kläger im vorliegenden Streit gefolgt.

3. Dieser für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker freundlichen Auslegungsmethode stemmt sich das OVG Münster aber mit argumentativer Verve entgegen. Die Konsequenz der Entscheidung besteht darin, nurmehr die „Therapie nach nachgewiesener flüssiger Verdünnung“ als arztvorbehaltsfreie Therapie anzuerkennen und damit der Reiz- und der Serumtherapie zu attestieren, so gefährlich zu sein, dass nur approbierte Ärztinnen und Ärzte sie anwenden dürften – oder, worauf das OVG am Schluss der Entscheidungsgründe (suffisant?) hinweist, so gefährlich zu sein, dass Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker sie immerhin (oder nur?) unter ärztlicher Aufsicht anwenden dürften. Es attestiert den genannten Ansichten in der Literatur, § 28 TFG teleologisch zu reduzieren und tritt, indem es auf § 4 Abs. 26 S. 1 AMG rekurriert, dafür ein, die Rechtsordnung einheitlich zu verstehen. Doch es schießt mit Kanonen auf Spatzen:

4. Denn so rechtlich einleuchtend es erscheint, wenn das OVG Münster zum Ausgangssatz des BGH von 2012 zurückkehrt (oder darauf beharrt), so artifiziell mutet es gleichzeitig an (lassen wir einmal alle methodischen Streitereien darüber, ob erst-recht-Schlüsse tatsächlich teleologische Reduktionen seien und auch darüber, ob das AMG als systematisch aufgebaute Kodex systematisch ausgelegt werden könne, beiseite): Kann es für das Risiko, dem der Arztvorbehalt des TFG offensichtlich und selbständig steuern will, darauf ankommen, was die Person, die mit einer Kanüle Blut entnimmt, mit diesem Blut macht, bevor sie es derselben Person wieder reinjiziert, wenn ausgeschlossen ist, dass sie es mit fremdem Blut oder Krankheitserregern verunreinigt? Wenn (wie hier) unstrittig ist, dass die bei Blutentnahmen und -injektionen gebotenen Hygienestandards eingehalten werden, wer will fordern, dass diese nicht ausreichen, um Gefahren (welche?) abzuwenden? Was können universitär ausgebildete Medizinalpersonen hier besser als andere? Weiter gefragt: Bei welchem Mischungsverhältnis genau soll eigentlich der Punkt erreicht sein, an dem die Chose kippt („Schütt noch zwei Fläschchen Kochsalzlösung dazu und rühr‘et um, dann darf‘se das auch ohne Arzt“)? Sollen Gerichte darüber entscheiden (und wenn ja: Welche Grenze darf es aus der Sicht der Richterinnen und Richter am 9. Senat des OVG Münster sein)? Das werden wohl die wenigsten befürworten; aber unmittelbar danach schließt sich die nächste Frage an: Sollen Ärztinnen und Ärzte darüber entscheiden? Warum eigentlich überlassen wir diese Frage nicht denen, die die Eigenbluttherapien anwenden? Halten wir diese Personen für *ex professione* unfähig, proprietäre Standards zu entwickeln? Damit ist der Schmerzpunkt freigelegt – denn über allem schwebt die Frage, ob wir es für sinnvoll halten, Eigenbluttherapien, in welcher Form auch immer, durchzuführen (die Verf. tun das nicht). Spielt es aber *rechtlich* eine Rolle, ob wir sie für medizinisch sinnvoll halten?

Das ist die eigentliche, auch die verfassungsrechtliche Diskussion darüber, ob der mit der Lösung des OVG Münster verbundene Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit der Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker gerechtfertigt sei, grundlegende Frage. Nach hier vertretener Ansicht rechtfertigt das mit den derzeit geläufigen Eigenbluttherapien verbundene Gefahrenpotential diesen Eingriff nicht. An der Lösung des BGH sollte festgehalten werden. Auch die kunstvoll elaborierte Entscheidung des OVG Münster wird es nicht verhindern, dass die Medizinalberufe sich zu Las-

ten der einen, historisch jungen, aber definitionsmächtigen Universitätsmedizin weiter ausdifferenzieren und spezialisieren. Längst auch ist das HPrG nicht mehr das „Heilpraktikerverhinderungsgesetz“, als das der Gesetzgeber des Jahres 1939 es geschaffen hat. Das (Medizin-) Recht wie jede oder jeder, die oder der es anwendet, hat jedenfalls nur die Aufgabe, in diese Differenzierungs- und Spezialisierungsprozesse nur dann steuernd/verhindernd einzugreifen, wenn für diejenigen, denen medizinische Leistungen angeboten, aufgedrängt oder auch aufgezwungen werden (alles kommt vor), daraus Gefahren resultieren.

<https://doi.org/10.1007/s00350-022-6128-7>

Der Anspruch auf eine Covid-19-Zweitimpfung

GG Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2, Art. 3 Abs. 1, Art. 20 Abs. 3; VwGO § 123 Abs. 1 S. 2; VwVfG § 38 Abs. 1

1. Die Bestätigung eines Impftermins per E-Mail eines Impfzentrums begründet nur dann noch keinen Rechtsanspruch auf Durchführung der Impfung, sofern sich das Impfzentrum eine weitere Überprüfung der Impfvoraussetzungen ausdrücklich vorbehält.

2. In der Terminvergabe zur Zweitimpfung liegt, wenn sie nach der Erstimpfung ausgesprochen wird, eine anspruchsbegründende Zusicherung zur Zweitimpfung. (Leitsätze des Bearbeiters)

VG Magdeburg, Beschl. v. 13. 7. 2021 – 1 B 120/21 MD

Problemstellung: Die Parteien stritten im Eilverfahren gem. § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO um einen Anspruch auf eine Zweitimpfung, den die Ag., die Stadt Magdeburg zugleich Betreiberin eines Impfzentrums, ablehnte. Als die Impf-Priorisierung im April 2021 noch bestand, vergab die Stadt knapp 2.500 Impftermine an Nicht-Magdeburger, darunter auch die niedersächsischen Antragssteller. Die ursprünglich zugesagten Termine zur Zweitimpfung „stornierte“ die Ag. aber ca. einen Monat nach Erhalt der Erstimpfung, da nicht genug Impfstoff vorhanden sei und „Auswärtige“ keinen Anspruch hätten. Für die Betroffenen war es unterdessen praktisch unmöglich, andernorts eine isolierte Zweitimpfung zu erhalten, noch dazu in dem engen Zeitfenster, in dem die Zweitimpfungen bekanntlich erfolgen müssen.

Dogmatisch waren Aspekte der Selbstbindung der Verwaltung entscheidend, insbesondere, ob die Terminvergabe zur Zweitimpfung eine Zusicherung darstellte. Außerdem ging es inhaltlich um die Frage, ob die Bestätigung einer Online-Reservierung zur Erstimpfung bereits eine Zusicherung zur Durchführung der Erstimpfung begründet. Vor dem Hintergrund der derzeitigen „vierten Welle“ und voraussichtlich flächendeckenden Impfungen werden diese Fragen auch künftig bedeutsam sein. Das VG entschied mit teilweise überzeugender Begründung im Ergebnis zutreffend zugunsten der Antragssteller.

Marius Hossbach und Niklas Hossbach

Zum Sachverhalt: Die Ag. ist die Stadt Magdeburg als Betreiberin des Impfzentrums Magdeburg, die auch für die Terminvergabe

Eingesandt und bearbeitet von Rechtsanwalt Dr. iur. Marius Hossbach, Fachanwalt für Medizinrecht und Mitglied der Ethik-Kommission der Ärztekammer Hamburg, Korten Rechtsanwälte AG, Neuer Wall 44, 20354 Hamburg, Deutschland

und von Dr. iur. Niklas Hossbach, Referendar am OLG Celle, Schloßplatz 2, 29221 Celle, Deutschland

zuständig ist. Im April 2021 öffnete sie kurzzeitig ihr Impfportal auch für Nichtmagdeburger der Priorisierungsgruppe 3 i. S. d. § 4 CoronaImpfV. Die Antragssteller gehörten zu etwa 1.000 Niedersachsen und ca. 1.500 Sachsen-Anhaltern, die nicht in Magdeburg leben, die daraufhin einen Impftermin über das Impfportal in Magdeburg buchten. Auf die Online-Buchung der Antragssteller erließ die Ag. eine Einladung zur Impfung. Diese Impfungszusage stand unter dem auf der Homepage des Impfzentrums einsehbaren Vorbehalt, wonach die Impfdurchführung von einer Überprüfung der persönlichen Voraussetzungen (Identität und Impfberechtigung) abhängig gemacht wird („Eine endgültige Prüfung der Voraussetzungen kann jedoch nur vor Ort entschieden werden“).

Nach Überprüfung der persönlichen Voraussetzungen vor Ort wurden die Antragssteller erstgeimpft. Zugleich erhielten sie von der Ag. einen Termin zur Zweitimpfung. Wenige Tage danach „stornierte“ die Ag. den zweiten Impftermin zulasten der Antragssteller sowie der anderen Nicht-Sachsen-Anhalter. Die Ag. bezog sich dabei auf ein nicht zu vertretendes Infektionsrisiko im Zusammenhang mit der Anreise zum Impftermin und im Übrigen auf den Wunsch, Bürger der Landeshauptstadt Magdeburg zu versorgen.

Für die Betroffenen war es unterdessen praktisch unmöglich, andernorts eine isolierte Zweitimpfung zu erhalten, noch dazu in dem engen Zeitfenster, in dem die Zweitimpfungen bekanntlich erfolgen müssen. Dies veranlasste die Antragssteller zur Einlegung des Eilantrages beim VG Magdeburg.

Noch während des laufenden Verfahrens erhielten die Antragssteller sowie die übrigen Nicht-Magdeburger die Gelegenheit zur termingerechten Zweitimpfung in einem anderen Impfzentrum in Sachsen-Anhalt. Offensichtlich wurde länderübergreifend mit großem politischem Engagement eine Lösung erarbeitet, nachdem die Sache zum Politikum wurde. Es erging eine beidseitige Erledigungserklärung. Da die Kostenübernahme nicht erklärt wurde, musste das VG Magdeburg über die Sache urteilen und entschied zugunsten der Antragssteller.

Aus den Gründen: [...] Der Antrag der ASt. auf Erlass einer einstweiligen Anordnung wäre nach aller Voraussicht zulässig und begründet gewesen.

Gemäß § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO kann das Gericht zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis eine einstweilige Anordnung treffen, wenn diese Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile oder zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus anderen Gründen nötig erscheint.

Gemessen daran hätten die ASt. nach aller Voraussicht einen Anordnungsanspruch glaubhaft gemacht, denn die Ag. hat mit der Bestätigung des zweiten Impftermins aller Voraussicht nach die Durchführung der zweiten Impfung verbindlich zugesagt.

Dabei wäre voraussichtlich allerdings nicht auf den Zeitpunkt der Online-Buchung abzustellen. Denn ausweislich der Online-Reservierung für Impftermine im Impfzentrum [...] (<https://impfzentrum.termin-direkt.de/public/>) wird dort lediglich eine Reservierung eines Termins für die Erstimpfung vorgenommen, ohne dass hierin eine verbindliche Zusage der Durchführung der Erstimpfung liegt. Vielmehr bedeutet die Bestätigung eines gebuchten Termins per E-Mail keine Bestätigung der jeweils aktuell gültigen Voraussetzungen für die Impfung, die erst vor Ort am Tag der Impfung überprüft werden.

Allerdings hätte eine rechtsverbindliche Zusage der Durchführung des zweiten Impftermins voraussichtlich mit der Bestätigung des zweiten Termins nach Durchführung der Erstimpfung vorgelegen.

Die Zusage ist als allgemeines Instrument der Verwaltung anerkannt. Es handelt sich um die verbindliche öffentlich-rechtliche Selbstverpflichtung im Hinblick auf ein bestimmtes künftiges Verhalten. Ihr Ziel ist es, dem Bürger Planungssicherheit in Bezug auf das künftige Verhalten der Verwaltung zu geben; insoweit dient sie – wie auch die speziellere Zusicherung – der Rechtssicherheit, Rechtsklarheit und dem Vertrauensschutz. Die wirksame Zusage begründet deshalb für ihren Inhaber einen durchsetzbaren Rechtsanspruch auf das zugesagte Verhalten, und zwar selbst dann,

wenn das Gesetz einen solchen Anspruch gerade nicht vorsieht (Kopp/Ramsauer, VwVfG, 16. Aufl., § 38, Rdnr. 6).

Die Selbstverpflichtung erfolgt durch Abgabe einer öffentlich-rechtlichen Willenserklärung, also der Äußerung des auf die Herbeiführung einer Rechtsfolge gerichteten Willens. Die Zusage erfordert einen erkennbaren Rechtsbindungswillen der Behörde. Ob er vorliegt, ist durch Auslegung gemäß den zu §§ 133, 154 BGB entwickelten Grundsätzen zu ermitteln. Dabei kommt es nicht auf die subjektiven Vorstellungen oder den inneren Willen des erklärenden Behördenvertreters an, sondern auf den objektiven Erklärungswert. Die Behörde muss unzweifelhaft zu erkennen geben, dass sie sich bindend verpflichten will (vgl. Schröder, in: Schoch/Schneider VwVfG, Juli 2020, VwVfG, § 38, Rdnrn. 13, 14).

Wie dem Gericht bekannt ist, erfolgt die Vergabe von Terminen für die Zweitimpfung im Impfzentrum der Ag. schriftlich auf dem Bogen, mit dem die Durchführung der Erstimpfung durch den ausführenden Arzt – der insoweit zugleich erkennbar für die Ag., die das Impfzentrum betreibt, nach außen tätig wird – dokumentiert wird. Seitens der ASt. konnte diese Bestätigung des zweiten Impftermins bei summarischer Prüfung ausschließlich als verbindliche Zusage der Ag. zur Durchführung der Zweitimpfung verstanden werden. Dies gilt umso mehr, als allgemein bekannt war und ist, dass üblicherweise über das Online-Buchungsportal nur Termine für die Durchführung der Erstimpfung angeboten werden, nach deren Durchführung für die Zweitimpfung der Termin vor Ort vereinbart wird, ohne dass es einer erneuten Terminbuchung bedarf.

Dem hätte die Ag. nach aller Voraussicht auch nicht erfolgreich mit dem Argument begegnen können, dass aufgrund der begrenzten Impfkapazitäten auch eine Begrenzung des Anspruchs auf Teilhabe an staatlichen Leistungen einhergehen könne. Denn losgelöst davon, dass die ASt. auch nach der Bewertung der Ag. im Zeitpunkt ihrer Erstimpfung sämtliche Voraussetzungen für die Impfung im Impfzentrum [...] erfüllt haben, war bei summarischer Prüfung gerade in Anbetracht der Impfstoffknappheit der besondere Vertrauensstatbestand geschaffen worden, dass die bereits begonnene zweistufige Impfung durch die Ag. auch nach der Bewertung der Ag. im Zeitpunkt ihrer Erstimpfung insbesonders auch bekannt, dass die ASt. keinen Wohnsitz in [...] haben. Ihr musste nach durchgeführter Erstimpfung folglich auch bekannt sein, dass eine Stornierung des Zweittermins ohne Weiteres dazu führen könnte, dass die ASt. – aufgrund der allgemein üblichen Terminvergabepraxis – nicht innerhalb des empfohlenen Zeitabstands einen anderweitigen Einzeltermin für die Durchführung der Zweitimpfung erhalten könnten. Dies hätte wiederum dazu geführt, dass der zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erforderliche Impfschutz nur unvollständig gewesen bzw. gänzlich entfallen wäre. Unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Belange der ASt. hat die Ag. bei summarischer Prüfung mit Abschluss der Erstimpfung und Bestätigung des Termins zur Zweitimpfung eine rechtliche Sonderverbindung begründet, in deren Rahmen sich die Ag. objektiv zum Schutz des Lebens und der Gesundheit zur Durchführung der Zweitimpfung unter Einhaltung der selbstgewählten Verwaltungspraxis verpflichtet hat.

Die gilt bei summarischer Prüfung umso mehr, als die Möglichkeit der Online-Buchung von Terminen für die Erstimpfung ursprünglich nicht für einen beschränkten Personenkreis vorgesehen war, sondern erkennbar auch Personen mit Wohnsitz außerhalb Magdeburgs zugänglich sein sollte.

Es ist bei summarischer Prüfung auch nicht ersichtlich, dass die ASt. im Zeitpunkt der Erstimpfung mit der späteren Beschränkung des Kreises „impfberechtigter Personen“ durch die Ag. hätten rechnen können oder müssen. Insoweit hätte die Ag. voraussichtlich auch nicht mit Er-

folg einwenden können, dass in den meisten Kommunen eine Vergabe der Impftermine nach dem Wohnortprinzip beschränkt werde. Ob eine solche Vorgehensweise grundsätzlich zulässig ist, kann hier offenbleiben. Allerdings könnte eine entsprechende Regelung bei summarischer Prüfung aus den vorgenannten Gründen zumindest nicht rückwirkend und anspruchsbeseitigend in schon begonnene zweistufige Impfungen eingreifen. Die Knappheit von Impfstoffen war darüber hinaus keine neue, überraschende Tatsache, sondern der ASt. von Anfang an bekannt; zumal der Bundesgesetzgeber gerade vor dem Hintergrund der nur unzureichend verfügbaren Impfstoffe die CoronaImpfV erlassen hatte.

Es sind bei summarischer Prüfung auch keine sonstigen Änderungen der Sach- oder Rechtslage erkennbar, die die Selbstbindung der Ag. und somit den Anspruch der ASt. nachträglich hätten entfallen lassen können. Eine Änderung der Sach- oder Rechtslage ist – wie ausgeführt – bei summarischer Prüfung nicht ersichtlich. Auch hätte die Stornierung des zweiten Impftermins voraussichtlich keinen wirksamen Widerruf der Zusage (§ 38 Abs. 2 VwVfG analog i. V. m. § 49 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG) dargestellt. Denn ein schwerer Nachteil für das Gemeinwohl hätte bei summarischer Prüfung schon deshalb nicht vorgelegen, weil die Interessen der ASt. denen der Allgemeinheit und auch denen der Einwohner Magdeburgs gleichwertig gewesen wären. Es dürfte überdies im Interesse der Allgemeinheit sein, dass möglichst viele „impfwillige“ Personen auch schnellstmöglich gegen das Corona-Virus geimpft werden, um eine effektive Eindämmung des Virus erreichen zu können.

Die ASt. hätten voraussichtlich auch das Vorliegen eines Anordnungsgrundes glaubhaft gemacht.

Sie haben insbesondere mit der vorgelegten eidesstattlichen Versicherung v. 9. 6. 2021 glaubhaft gemacht, dass sie sich erfolglos anderweitig um Termine für die Zweitimpfung bemüht haben.

Ihnen hätten danach nach aller Voraussicht ohne eine Entscheidung nach § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO zu ihren Gunsten besonders schwerwiegende Nachteile gedroht, nämlich die Beeinträchtigung bzw. der Wegfall des Impfschutzes und die weitere Folge einer nichtabsehbaren Möglichkeit des erneuten Beginns mit einer zweistufigen Impfung.

Die von den Antragstellern nicht unmittelbar nach der telefonischen Vereinbarung eines Impftermins in Haldensleben, sondern nach Durchführung der zweiten Impfung abgegebene Erledigungserklärung ist unter Berücksichtigung der Bedeutung der Zweitimpfung für die ASt. auch als umgehend zu bewerten.

[...]

Anmerkung VG Magdeburg, Beschl. v. 13. 7. 2021 – 1 B 120/21 MD

Marius Hossbach und Niklas Hossbach

I. Bedeutung

Vor dem Hintergrund der „vierten Welle“ und voraussichtlich flächendeckenden Impfungen, werden die hier aufgeworfenen Rechtsfragen auch künftig bedeutsam sein.

Rechtsanwalt Dr. iur. Marius Hossbach,
Fachanwalt für Medizinrecht und Mitglied der Ethik-Kommission
der Ärztekammer Hamburg, Korten Rechtsanwälte AG,
Neuer Wall 44, 20354 Hamburg, Deutschland

und von Dr. iur. Niklas Hossbach, Referendar am OLG Celle,
Schloßplatz 2, 29221 Celle, Deutschland

Mehr als das hat die Angelegenheit eine besonders emotionale politische Facette: An der Sache entbrannte kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (6. 6. 2021) abermals der alte Ost-West-Konflikt: Es schlugen sich mehrere Landes- und Lokalzeitungen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auf jeweils eine der Seiten. Der Oberbürgermeister von Magdeburg schaltete sich verständnislos ein („moralisch zutiefst verwerflich“ [die Zweitimpfung in Magdeburg einzufordern]). Den Betroffenen wurde ein „Impftourismus“ auf Kosten des Nachbarlandes vorgeworfen. Niedersachsen hatte zu jener Zeit eine leicht höhere Impfquote hatte als Sachsen-Anhalt.

II. Rechtliche Bewertung

1. Ist die Bestätigungs-E-Mail eines Impftermins bereits eine verbindliche Zusicherung?

Das Gericht erkennt zutreffend, dass vorliegend die Bestätigungs-E-Mail des Impftermins noch keine bindende Selbstverpflichtung der Behörde als Zusicherung gem. § 38 Abs. 1 S. 1 VwVfG (Instruktiv zur Zusicherung Schröder, in: Schoch/Schröder, Juli 2020, § 38 VwVfG, Rdnr. 13) zur Durchführung der Impfung darstellt und mithin selbst noch keinen Anspruch auf Durchführung der Impfungen begründet. Erforderlich wäre ein objektiv erkennbarer Rechtsbindungswille. Die Behörde muss unzweifelhaft erkennen lassen, dass sie sich zum angekündigten Handeln verpflichten möchte (Stelkens, in: Stelkens/Bonk/Sachs, 9. Aufl. 2018, § 38 VwVfG, Rdnr. 21). Dies ist vorliegend unter dem Vorbehalt des Disclaimers auf der Homepage des Impfzentrums, zunächst die persönlichen Voraussetzungen zur Impfung überprüfen zu wollen, nicht anders zu verstehen, §§ 133, 157 BGB. So sollte insb. die Identität und Priorisierung überprüft werden. Dies ist praxisgerecht, um die Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Impfreiheitenfolge einhalten zu können.

Trotzdem ist in der Bestätigungs-E-Mail – offenbar entgegen des VG – eine verbindliche Zusicherung zu sehen. Durch diese verpflichtete sich das Impfzentrum eindeutig erkennbar dahingehend, zunächst die persönlichen Voraussetzungen zu überprüfen und nur bei Nichtvorliegen der Voraussetzungen von der Impfung abzusehen. Dafür streitet ferner das Indiz, dass das zukünftige Handeln hinsichtlich Ort und Zeit des Impftermins bereits konkret umschrieben wurde (Schröder, in: Schoch/Schröder, Juli 2020, § 38 VwVfG, Rdnr. 14). Im Umkehrschluss hat sich das Impfzentrum bei Vorliegen der aufschiebenden Bedingung (Prüfung der Identität und der Priorisierung der zu impfenden Person) zur Impfung verpflichtet. Insbesondere das Schriftformerfordernis des § 38 Abs. 1 S. 1 VwVfG ist gewahrt. Insofern hat die Buchungsbestätigung sehr wohl eine rechtliche Qualität, unabhängig von der vorbehaltenen Überprüfung der persönlichen Voraussetzungen. Im konkreten Fall hat das VG zwar richtig erkannt, dass eine Zusicherung vorlag, es zumindest für die Erstimpfung offengelassen, worin diese letztlich zu sehen ist.

An eine solche Zusicherung ist die Behörde nur dann nicht mehr gebunden, sofern sich nach Abgabe der Zusicherung die Sach- und Rechtslage derart ändert, dass die Behörde bei Kenntnis der nachträglich eingetretenen Änderungen eine Zusicherung nicht gegeben hätte oder aus rechtlichen Gründen nicht hätte geben dürfen, § 38 Abs. 3 VwVfG. Die Zusicherung erfolgte in zulässiger Weise. Auch haben sich vorliegend die tatsächlichen Umstände nicht derart geändert. Ungeachtet der rechtlichen Qualität der vorliegenden „Stornierung“, hat das Gericht zu Recht erkannt, dass die Anforderungen an einen Widerruf der Zusicherung hier nicht gegeben waren.